

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 179 (2013)
Heft: 3

Artikel: Sicherheitspolitische Herausforderungen im globalen Zeitalter. Teil 2
Autor: Schneiderhan, Wolfgang
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-327632>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sicherheitspolitische Herausforderungen im globalen Zeitalter (2/2)

In einem bemerkenswerten Vortrag vor der Clausewitz Gesellschaft in Bern am 1. November 2012 hat General aD Schneiderhan, Generalinspekteur der Bundeswehr von 2002 bis 2009, seine Sicht der sicherheitspolitischen Herausforderungen dargestellt. Der erste Teil war der Gesamtsicht gewidmet (ASMZ 01-02/2013), im vorliegenden zweiten Teil werden Folgen für Europa und Deutschland, insbesondere aber auch für die Schweiz, dargestellt. *Sch*

Wolfgang Schneiderhan

Nun ist es nicht meine Aufgabe, Visionen geostrategischer Konstellationen zu entwickeln – dafür gibt es klügere Leute. Aber: Wenn wir deutsche Sicherheitspolitik und Militärpolitik, wenn wir die Sicherheitsbündnisse NATO und EU im strategischen Sinne zukunftsfähig machen wollen, dann brauchen wir eine strategische Zielprojektion.

Es ist eine gewaltige Herausforderung, national, in der NATO und der EU und in den Vereinten Nationen auf die gravierenden Veränderungen der Sicherheitspolitik zu reagieren.

Für Deutschland lässt sich sagen:

Deutsche Sicherheitsinteressen ergeben sich zum einen aus unserer Geschichte

Die transatlantische und europäische Sicherheit und Partnerschaft stärken. Bild: NATO

und des Weiteren aus der geographischen Lage in der Mitte Europas, den internationalen politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen unseres Landes sowie der Ressourcenabhängigkeit als Hochtechnologiestandort und rohstoffarme Exportnation.

Daraus leiten sich unsere Ziele ab:

- Krisen und Konflikte präventiv verhindern;
- Aussen- und sicherheitspolitische Positionen nachhaltig und glaubwürdig vertreten und Verantwortung einlösen;
- Die transatlantische und europäische Sicherheit und Partnerschaft stärken;
- Die internationale Geltung der Menschenrechte und das weltweite Respektieren des Völkerrechts fördern;
- Den freien und ungehinderten Welthandel sowie den freien Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen erhalten;

Diese so formulierten Sicherheitsinteressen unseres Landes sind nicht statisch, sondern veränderlich in und mit internationalen Konstellationen und deren Entwicklungen.

Vorbeugung und Einhegung

Lassen Sie mich betonen: Sicherheit für Deutschland bedeutet heute insbesondere nicht nur Krisen, Konflikte und deren Auswirkungen auf Distanz zu halten, sondern es geht darum, sich nachhaltig und vor allem aktiv an präventiver Vorbeugung und Einhegung zu beteiligen.

Problemlösungen können nur in einem eng vernetzten, in einem globalen Miteinander der internationalen Staatengemeinschaft gefunden werden. Kein Staat kann für sich alleine Frieden, Sicherheit und Wohlfahrt für seine Staatsbürger gewährleisten. Nationale Alleingänge haben wenig Aussicht auf Erfolg. Vielmehr sind



Integration und das Zusammenwirken in Bündnissen sowie Kooperation mit weiteren staatlichen und nichtstaatlichen Partnern mehr denn je unerlässlich für eine verantwortungsvolle und wirksame Sicherheitsvorsorge. Eine umfassende Sicherheitsvorsorge verlangt ein Instrumentarium von Mitteln und Massnahmen, das weit mehr enthalten muss als militärische Macht. Dem trägt die deutsche Sicherheitspolitik Rechnung.

Drei politische Ziele seien dazu genannt:

- Die Festigung des Bündnisses mit den USA, auch um Mitgestaltungsmöglichkeiten in den neuen Kräfteordnungen zu gewinnen;
- Verbesserung der Zusammenarbeit in Europa unter Einschluss der Partnerschaft mit Russland;
- Förderung der Stabilität im Mittelmeerraum als Partner in einer Entwicklung, an deren Ende auch ein gemeinsamer Wertevorrat stehen könnte.

Politische Handlungsoptionen

Ohne in die Details zu gehen, sind aus diesen Zielsetzungen einige Konsequenzen für die politischen Handlungsoptionen erkennbar:

1. Kein Staat kann die neuen Herausforderungen in ihrer Dynamik und Komplexität alleine bewältigen.
2. Erfahrungen im Umgang mit Krisen der letzten Jahre haben wiederholt deutlich gemacht, dass mehr denn je Massnahmen langfristiger ziviler Krisenprävention getroffen werden müssen. Diese muss sich auf die strukturellen Ursachen von gewaltsamen Konflikten konzentrieren und mit konstruktiven Anstrengungen der Konfliktparteien kompatibel gehalten werden. Es gilt, im Sinne eines ressortübergreifenden und umfassenden Ansatzes, gezielt die Prozesse, die zur Gewaltanwendung beziehungsweise zur Gewalteskalation führen können, positiv zu beeinflussen. Dies erfordert ein umfangreiches Instrumentarium von Mitteln und Massnahmen. Zum Instrumentarium deutscher Sicherheitspolitik gehören diplomatische, rechtsstaatliche, wirtschaftliche, polizeiliche und militärische Massnahmen, aber auch ökologische, soziale und entwicklungspolitische Ansätze im Sinne eines erweiterten Sicherheitsbegriffs. Dieses breit gefächerte Instrumentarium eröffnet die Möglichkeit, mit differenzierten, auf die jeweilige Situation zugeschnittenen Handlungsansätzen, den Krisen



**General (a D)
Wolfgang Schneiderhan**

1966 Offiziersanwärter bei der Panzertruppe
1974 Kompaniekommandant
1977 Generalstabslehrgang
1983 G3 bei der NATO in Brunsum
1986 Kdt Panzerbataillon 553
1988 Stabschef Panzergrenadierdivision 4
1994 Kdt Panzerbrigade 39 «Thüringen»
1999 Gen Maj und Leiter Stabsabt FüS III
2000 Gen Lt und Leiter Planungsstab des Verteidigungsminister
2002 General und Generalinspekteur der Bundeswehr
2009 Rücktritt in den Ruhestand Sch

nicht nur zu begegnen, sondern ihrer Eskalation frühzeitig vorzubeugen. Prävention ist von zentraler Bedeutung. Über die Rolle des Militärischen in der Prävention muss noch nachgedacht werden.

3. Die Option zur Intervention stellt vermutlich die grössten politischen, bündnispolitischen, gesellschaftspolitischen und auch moralischen Herausforderungen. Man weiss heute aus vielen Erfahrungen, dass die neuen Konflikte mit militärischen Mitteln alleine nicht zu lösen sind. Also gilt der vernetzte Ansatz erst recht in der Intervention. Aber man muss aufpassen: Verhältnismässigkeit der Mittel, Aussicht auf Erfolg, politische, wirtschaftliche, soziale, soziologische, kulturelle Aspekte, all das muss sorgfältig im Rahmen der politischen Zieldefinition abgewogen werden. Und man weiss: Interventionen können eine unerwartete Eigendynamik entwickeln und vereinbarte Ziele ins Rutschen bringen und vor allem, sie binden die Kräfte fast immer länger als man am Anfang gedacht hat. Deshalb sollte die Intervention eher Ausnahme bleiben.

4. Die Krisennachsorge schliesslich erfordert strategisch Geduld, Festigkeit im Ziel und Konsequenz im Handeln, vor

allem, wenn es um mehr geht als um die Eindämmung von Gewaltpotential, wenn es um die strukturellen Ursachen der Konflikte geht. Dass dabei der integrierte und vernetzte Ansatz erst recht notwendig ist, sei um der Vollständigkeit halber erwähnt.

Lassen Sie mich rekapitulieren:

Ich habe die globalen Unsicherheiten, die uns alle betreffen – Inseln der Sicherheit gibt es nicht – skizziert. Auf dem Weg zu Stabilität und Sicherheit fordern uns heraus: demographische Verwerfungen und Migrationsbewegungen, Klimawandel und Umweltbelastung, Konflikte um Rohstoffe.

Verbund von Politik, Diplomatie, Polizei und Militär

Ordnungsfaktoren wie unter anderem die Rüstungskontrolle verlieren ihre Schutzwirkung. An Europas Gegenküste haben Entwicklungen eingesetzt, deren Ende schwer kalkulierbar ist, aber von grosser Bedeutung für Europa sein wird. Stabilität im Mittelmeerraum wird entscheidend sein, globale, kooperative Sicherheit gehört zu den grossen politischen Aufgaben, die kein Staat auf sich alleine gestellt bewältigen kann. Und ich habe Aufgaben angesprochen, die nur in einem engen Verbund von Politik, Diplomatie, Polizei, Militär gelöst werden können, wobei dem Politischen der Primat gehört.

Jedes Land wird mit unterschiedlichen Methoden und Mitteln in Solidarität mit der freien Völkergemeinschaft seinen Beitrag leisten müssen, globale und regionale Dimensionen eingeschlossen, sofern man angesichts der globalen Herausforderungen überhaupt noch regional und global trennen kann. Und jedes Land ist aufgefordert, seine Stärken und Erfahrungen einzubringen. Alle tragen wir gemeinsam Verantwortung. In diesem Gedanken verliert sich dann die Qualifikation klein oder gross, sie ist sogar irreführend. Der Respekt vor dem Umland der Demokratie verbietet es, Ihnen Ratschläge zu geben. Vielleicht aber ist es erlaubt, an einiges zu erinnern:

Ihr Land ist wirtschaftlich und finanzwirtschaftlich weltweit vernetzt. Daraus muss sich ein Interesse an Stabilität entwickeln. Die Vernetzung bringt Einflussmöglichkeiten, daraus ergibt sich eine Verantwortung für Stabilität. Sie haben einen Ausländeranteil von 23 % (höher als jedes europäische Land), daraus leitet sich ein Interesse an Stabilität in den Herkunfts-

ländern ab. Ihr Land hat der Friedensförderung Verfassungsrang gegeben. Konkret heisst das: Schutz der Menschenrechte, Stärkung des Völkerrechts, Konfliktlösung, haben Verfassungsrang. In Ihrem Auswärtigen Amt arbeiten, soweit ich weiss, 75 Mitarbeiter in dem Bereich Entwicklung von Konzepten, Strukturen, Mittelbedarf und Mittelbereitstellung, Trainingskonzepte für zivile Krisenprävention. Dieses Land hat Patenschaftsbeziehungen zur ETH und anderen Think Tanks. Das alles ist von Gewicht und es gibt viele Staaten und Institutionen, die auf die Erfahrungen warten.

Möglichkeiten für die Schweiz

Es ist eine lange Liste von Möglichkeiten, mit denen die Schweiz sich den Zugang zu den Entscheidungsträgern in der EU, in Washington, in Moskau schaffen könnte. Natürlich gibt es dabei ein Spannungsfeld zwischen notwendiger Diskretion und erwünschter oder gewünschter Visibilität. Die Schweiz könnte da durchaus sichtbarer werden (es geht ja nicht um Bankgeheimnisse!). Erfahrungen im zivilen Krisenmanagement, vor allem in der zivilen Krisenvorsorge sind überall gefragt, auch in Deutschland, vor allem in der EU, die dem Anspruch einer Sicherheitsstrategie erst noch gerecht werden muss.

Es fehlen zum Beispiel:

- Konzepte zur Personalbereitstellung, deshalb leiden wir auch unter Ad-hoc-Prozessen;
- Ein gemeinsames Dienstleistungszentrum für die effiziente, einfache Verwaltung und Organisation der Missionen;
- Konzepte zur Arbeitsteilung (Finanzen!);
- Ideen für ein effizientes Zusammenwirken von zivilen und militärischen Komponenten;
- Europäische Leitlinien für ziviles Krisenmanagement;
- Administrative Strukturen;
- Gemeinsamen Konzepte zur Bereitstellung von Ressourcen;
- Gemeinsames Trainingskonzept (Polizei, Zivilverwaltung, Katastrophenschutz);
- Konzepte zur Erfassung der zivilen Experten, die aus verschiedenen Berufs-

gruppen kommen (kann da das Milizsystem Hinweise geben?);

- Konzepte für Einsatzverpflichtungen (auch da: gibt es Erfahrungen aus dem Milizsystem?).

Wichtig aber ist vor allem, dass Sie mit Ihrer erfolgreichen Integrationspolitik in Ihrem Föderalismus und Ihrer direkten Demokratie ein Beispiel geben für den Umgang mit Minderheiten und Einwanderern. Die Zuwanderungen aus Afrika, Afghanistan, Syrien, ja das Asylwesen stellt riesige Aufgaben und bringt für alle nutzbare Erfahrungen. Ihr Land ist stark in den Vereinten Nationen engagiert, denken wir nur an die vielen Einrichtungen in Genf mit mehr VN-Mitarbeitern als am Hauptsitz New York. Sie sind Ursprungsland und Gastland des Internationalen Komitees vom



Sicherheit der Seewege: Soldaten der HMS Portland bringen ein Piratenboot im Golf von Aden auf. Bild: Royal Navy

Roten Kreuz. Ihr Land hat mitgewirkt in der Konferenz für Sicherheit in Europa, das Wiener Dokument zeigt Ihre Handschrift – diese Erfahrungen sind gefragt – vielleicht brauchen wir eine KSE im nordafrikanischen Krisenbogen oder vielleicht grösser im asiatischen Raum – ich denke an die Spannungen zwischen China und Japan.

Auch wenn die OSZE heute politisch etwas vor sich her dümpelt, sie ist entstanden als Instrument zur rechtzeitigen Erkennung und Vorbeugung und Bewältigung eskalierender Konflikte. Die teilnehmenden 56 Staaten haben sich vor 20 Jahren darauf verständigt, dass Verletzung von Menschenrechten in einem Staat nicht dessen innere Angelegenheit sei, sondern eine Bedrohung auch für die Nachbarn – eine Annahme, deren Richtigkeit immer wieder bestätigt wurde, nicht nur von Milosevic. Wenn der politische Wille aller Beteiligten geweckt würde, könnte man die OSZE nicht nur vor dem Fall ins Koma bewahren – was man unbedingt müsste – sondern ihr eine neue Perspektive geben.

Wenn es darum geht, den Atomwaffensperrvertrag zu retten und Abrüstungspolitik wieder zu beleben, sind Impulse aus Erfahrung vor allem von solchen Ländern, die unverdächtig sind, eigene Ambitionen zu haben, ganz wesentlich.

Freiheit der Seewege – auch im Interesse der Schweiz

Europa hat den Osteuropäern beim Aufbau ihrer Wirtschaften geholfen, eine ähnliche Patenrolle zeichnet sich vielleicht in den arabischen Ländern ab. Die Exportabhängigkeit Ihres Landes legt ein Interesse am Zugang zu Ressourcen und am freien Welthandel und damit Freiheit der Seewege nahe. Dazu gehört auch ein Interesse an Cybersicherheit, vielleicht sogar Raketenabwehr. Ganz bewusst habe

ich den militärischen Aspekt an die letzte Stelle gerückt. Ganz bewusst habe ich Cybersicherheit, in der zivile und militärische Aspekte vernetzt sind, an vorletzter Stelle genannt und Fragen der Weltraumnutzung ganz ausgelassen.

Es gibt viele Regionen, in denen Platz ist für Ratgeber, Helfer, Vermittler. Das gilt vor allem für Konfliktregionen, die weniger mediatisiert sind, wo die Glaubwürdigkeit der Schweiz, die Ruhe

an ihren Grenzen hat, gefragt ist und ganz wesentlich zum internationalen Burden Sharing beitragen könnte.

Ich sehe eine ganze Reihe von Handlungsbereichen, in denen sich die Grossen gerne zurückhalten – zumindest derzeit. Das gilt vor allem im Bereich Rüstungskontrolle und Abrüstung und geht dort bis zu den Kleinwaffen. Die Liste der gemeinsamen Interessen – übrigens auch werteorientiert – kann verlängert werden – welche Aspekte welchen Platz in der eidgenössischen Agenda auf dem Weg zu kooperativer Sicherheit haben, das ist nicht mein Thema. Wohl aber der Dank für eine gute und erfolgreiche Kooperation auf dem Balkan mit tüchtigen Soldaten Ihrer gut ausgebildeten Armee.

Damit will ich abschliessen. Die Idee war, die globalen Herausforderungen zu skizzieren, die vielleicht auf der sicherheitspolitischen Agenda in NATO, EU, bei uns in Deutschland, vielleicht auch bei Ihnen in der Schweiz ihren Platz suchen und finden werden. ■